

Landtag nimmt die Arbeit auf

Amri-Untersuchungsausschuss verlängert

Von Robert Vornholt

DÜSSELDORF • Die Arbeit der 199 NRW-Landtagsabgeordneten hat begonnen. In der ersten Plenumsitzung wählten die Parlamentarier gestern das Landtagspräsidium. Der CDU-Abgeordnete André Kuper erhielt 185 Ja-Stimmen, sieben Stimmberechtigte votierten gegen ihn – bei sieben Enthaltungen. Damit erhielt der 56-jährige Ex-Bürgermeister von Rietberg Unterstützung aus allen Fraktionen – und mindestens zwei Stimmen von AfD-Abgeordneten.

Die erstmals im NRW-Parlament mit 16 Sitzen vertretenen Rechtspopulisten konnten sich bei der Besetzung der Führungspositionen nicht durchsetzen. Zunächst beantragte Fraktionschef Marcus Pretzell, das Leitungsgremium auf einen Präsidenten und zwei Stellvertreter zu begrenzen. Diese Lösung sei für den Steuerzahler günstiger, wollte er die Einheit von CDU (72 Mandate), SPD (69), FDP (28) und Grünen (14) in der Besetzungsfrage brechen. Die vier Fraktionen kommen auf 183 Stimmberechtigte. Ebenfalls abgelehnt wurde der alternative Antrag, demnach jede Fraktion im Parlamentsleitungsgremium vertreten sein solle. Also kam es zu einer Kampfabstimmung in geheimer Wahl um den dritten Stellvertreterposten. Dabei siegte der Grünen-Kandidat Oliver Keymis (177 Stimmen) gegen AfD-Konkurrent Herbert Strothebeck (19).

Welch unterschiedliche Strömungen es unter den politischen Rechtsaußen gibt, zeigten die Reaktionen auf die Rede des neuen Parlamentschefs. Kuper betonte, die Vielfalt von NRW, warnte

vor einer Spaltung der Gesellschaft und mahnte den Konsens unter allen Parteien an, die vor Krieg und Terror geflüchteten Menschen zu integrieren. Da gab es nur von einigen AfD-Repräsentanten Beifall. Kuper hatte gesagt: „Hier soll jeder seine Chance bekommen und sich frei entfalten können – gleich wel-

cher Herkunft, gleich welcher Religion, gleich welcher Hautfarbe.“ Der neue Parlamentspräsident wünscht sich zudem eine stärkere Verwurzelung der NRW-Bürger in ihre Heimat, plädiert für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und betont, dass die Inklusion alle Lebensbereiche der Gesellschaft umfassen müsse. Nicht nur das gemeinsame Lernen von Schülern mit und ohne Behinderungen verdiene Beachtung, besonders die ältere Generation müsse stärker einbezogen werden.

Ex-Parlamentschefin Carina Gödecke (SPD) ist nun erste Vizepräsidentin (173 Ja-Stimmen). Die FDP-Abgeordnete Angela Freimuth aus Schalksmühle bekleidet jetzt den zweiten Stellvertreter-Posten. Sie erhielt 177 Ja- und 18 Nein-Stimmen – bei vier Enthaltungen. Sichtlich erfreut, betonte sie, dass sie das neue Amt „gerne“ annehme.

Alle Fraktionen stimmten später für die Fortsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dessen Mitglieder weiter den Fall des Berliner Weihnachtsmarkt-Attentäters Anis Amri beleuchten sollen. Bereits in den vergangenen Monaten hatten sich Parlamentarier mit dem Versagen von Behörden in NRW beschäftigt.